

Delegiertenversammlung der Grünen Partei Schweiz
Ratssaal, Sion
7. Februar 2009

1. Eröffnung

Empfang durch Marylène Volpi Fournier (Präsidentin der Versammlung), Willkommenswort der Grünen Wallis und des Stadtpräsidenten von Sion, Marcel Maurer.

Ueli Leuenberger, Präsident der Grünen Schweiz: er erwähnt den Aufschwung, den die Grünen Wallis erlebt haben – ein exzellentes Ergebnis gegen die Abschaffung des Verbandsbeschwerderechtes (Abstimmung vom Dezember 2008); er begrüßt die Gründung der Sektion Oberwallis; er wünscht Marylène Volpi Fournier, die sich für die Walliser Staatsratswahlen aufstellen lassen hat, alles Gute. Er beglückwünscht Susanne Hochuli (AG), die erste Frau die jemals in eine Kantonsexekutive gewählt worden ist. Mit der Gründung der Grünen Obwalden sind die Grünen jetzt in allen Kantonen vertreten.

Die Wirtschaftskrise fordert, dass wir die Grundlagen unserer Wirtschaft neu auf überdenken. Der Bundesrat ist viel zu zaghaft und ergreift allzu sehr Partei für die Banken. Die Grünen schlagen daher einen Green New Deal vor, welcher soziale und ökologische Aspekte berücksichtigt und der dadurch zur nachhaltigen Stärkung der Wirtschaft beiträgt. Die Grünen werden Vorschläge für eine ökologische Reform der Wirtschaft präsentieren.

Aline Trede, Vize-Präsidentin der Grünen Schweiz, spricht über die Energiepolitik der Grünen: Nein zur Revision des CO₂-Gesetzes, da diese nicht genug weit geht. Auch im Transportsektor muss etwas getan werden, da dieser stark zum Treibhauseffekt beiträgt (4x4-Initiative der Jungen Grünen, Initiative für den öffentlichen Verkehr). Es muss gegen drei neue AKW-Projekte gekämpft werden. Mehrere Kantone haben Initiativen eingereicht, um erneuerbare Energien zu fördern. Auf nationalem Niveau möchte die Petition „Deckel weg“ die Kontingentierung der kostendeckenden Einspeisevergütung abschaffen.

Entschuldigt: Maya Graf, Jo Lang, Franziska Teuscher, Hacim Sancar, Antonio Hodgers, Louis Schelbert

2. Statutarisches

Wahl der StimmenzählerInnen: Diego Hättenschwiler, Stefanie Wyss, Bernhard Strauch, Brigit Wyss, Martina Voracek

Protokoll der DV vom 23. August: keine Bemerkungen, angenommen mit 1 Enthaltung

Wahl zweier neuer Mitglieder des Vorstands der Grünen Schweiz: Clément Tolusso (Nachfolger von Vincent Rossi) ist nicht anwesend – seine Nominierung wird auf die nächste DV verschoben. Fabien de Rivaz ersetzt Walter Rosselli, der ihn vorstellt: Student an der Uni Fribourg (Altertumsgeschichte), Präsident der Grünen von Collombier-Muraz – mit Akklamation gewählt!

Beitrittsgesuch der Grünen Obwalden: Rede von Gerardo Raffa, Präsident.

Die Grünen Obwalden werden als Beobachter der Grünen Schweiz zugelassen.

3. Informationen

Faktion (Therese Frösch)

Dezembersession: 1) Wahl von Ueli Mauerer – die Fraktion hat wieder Luc Recordon vorgeschlagen, eine Kandidatur, die intern etwas umstritten war (Divergenz zwischen den Romands und Deutschschweizern). 2) Die Grünen haben den Plan, den der Bundesrat zur Rettung des Finanzsektors vorgeschlagen hat, abgelehnt; sie waren zwar damit einverstanden, dass der Bankensektor gestärkt werden muss, jedoch nicht mit den Details des Konjunkturpaktes. 3) Zurückerstattung der Manager-Boni: abgelehnt durch das Parlament. 4) Eisenbahn: neue Projekte (ZEB, Rail 2030), aber die 3. Schiene zwischen Genf und Lausanne wurde herausgeschoben. 5) Ein Massnahmenpaket für einen ökologischen Umbau der Wirtschaft (Green New Deal) wurde deponiert. Dieses wird in der Frühlingssession diskutiert. 6) Die Kammern sind bereit, den Betrag, der in die Entwicklungshilfe investiert wird, bis 2015 auf 0.5% des BIPs zu erhöhen.

Nationales Sekretariat (Hubert Zurkinden)

Das Team des nationalen Sekretariats ist jetzt komplett. Es besteht aus 7 Personen plus ein/e Praktikant/in mit insgesamt 500 Stellenprozenten.

Monika Loosli ist die neue Mitarbeiterin, die für die Mitgliederdaten, die Finanzen und die Organisation der DV zuständig ist.

Stéphanie Penher kümmert sich um die Kampagnen und die Dossiers Transport und Umwelt.

Würdigung von Markus Hari, Sekretär der Grünen Aargau. Er ist am 31. Januar 2009 verstorben. Danke Markus! Die Versammlung erhebt sich und begeht eine Schweigeminute.

4. Jahresrechnung 2008 / Budget 2009

Kuno Kälin, Kassier der Grünen, erläutert die Bilanz 2008, die sich auf ein Plus von 18'000.- CHF beläuft. Das Defizit ist somit wieder kompensiert. Die dazu gewonnenen Sitze bringen zusätzliche Einkünfte. Zudem haben wir viele Spenden erhalten.

Ausgaben: das Sekretariat konnte sich reorganisieren, es wurden neue Stellen geschaffen. Die Geschäftsleitung hat beschlossen, eine Anti-Atom-Kampagne zu lancieren, die 8'000.- CHF kosten wird. Zudem wurde ein neues Graphik-Konzept bestellt, daher muss neues Kampagnenmaterial angeschafft werden.

Bericht der Revisorinnen Esther Hulliger und Martine Bischof: sie haben die Konten am 31. Dezember revidiert. Die Bilanz und die Abrechnung stimmen damit überein. Die Delegierten sind gebeten, die Jahresrechnung anzunehmen und den Kassier somit von seiner Aufgabe zu entlasten.

Die Jahresrechnung wird mit 1 Enthaltung angenommen.

Budget: wir haben die Höhe von einer Million überschritten, aber da das Budget ausgeglichen ist, ist das in Ordnung.

Ausgaben: haben aufgrund der Vergrösserung des Sekretariats und des Präsidiums zugemommen (die Entschädigungen sind ebenfalls höher, der Beitrag für Ueli Leuenberger wurde von 700.- auf 1'800.- CHF erhöht). Das Greenfo wird mehr Seiten haben (6000.- CHF). Das Bulletin Vert kostet 14'000 in der Form eines Vorschusses an Pierre Lipschutz und Anita Frei.

Es gibt mehr Grüne in den Bundesgerichten und da sie der Partei einen Teil ihrer Honorare abtreten müssen, werden zusätzliche Einkünfte für die Partei generiert.

Die Beträge, die für die Kampagnen vorgesehen sind, sind nicht sehr hoch, da jeder Kanton seine eigenen Kampagnen finanziert. Das Budget ist nicht allzu sehr optimistisch; es hat eine Marge, für den Fall, dass sich die Konjunktur schlecht entwickelt.

Das Budget wird mit 1 Enthaltung angenommen.

5. Wahlempfehlungen für den 17. Mai

Keine Empfehlung bezüglich der **Zusatzfinanzierung der IV durch die MwSt.**, da die Abstimmung auf den September verschoben wurde. Luc Recordon erklärt kurz, weshalb dieser Finanzierungsplan unbedingt nötig ist.

Biometrische Pässe

Der Vorstand der Grünen Schweiz empfiehlt das Nein.

Luc Recordon, Ständerat, VD: die Biometrie ist eine unumgängliche Entwicklung, aber die Bedingungen, welche mit der Abstimmungsvorlage verbunden sind, sind inakzeptabel. Wissenschaftler sind der Ansicht, dass das EJPD hier nicht seriös gearbeitet hat.

Die Gesetzgebung würde die biometrischen Daten (Gesichtsfoto und digitaler Fingerabdruck) auch auf der Identitätskarte obligatorisch machen. Dieses System ist ineffizient (es hätte z.B. den 11. September 2001 nicht verhindern können) und fördert den Missbrauch. Die Daten sind sehr leicht zu knacken. Sie werden zudem durch den Bund in einer zentralen Datenbank aufbewahrt, wo sie von der Polizei zu Überwachungszwecken der BürgerInnen verwendet werden können. Die Biometrie soll für die Pässe fakultativ sein und ist in den IDs unnötig. Die Aufbewahrung der Daten in einer zentralen Datenbank soll nicht erlaubt werden.

Die Delegierten empfehlen das Nein, 5 Enthaltungen

Gegenentwurf zur Initiative Ja zur Komplementärmedizin

Der Vorstand der Grünen Schweiz empfiehlt das Ja.

Yvonne Gilli, Nationalrätin, SG (Erste Hilfe-Ärztin, Homöopathin, ausgebildet in traditioneller chinesischer Medizin): die Förderung der Komplementärmedizin würde in der Verfassung verankert. Es handelt sich um 5 Methoden: anthroposophische Medizin, chinesische Medizin, Homöopathie, Phytotherapie und Neuraltherapie. Die Studien, die unter Ruth Dreyfuss durchgeführt wurden, haben gezeigt, dass diese Heilmethoden effizient und ökonomisch sind. Heute favorisiert die Gesundheitspolitik die grossen pharmazeutischen Unternehmen. Die Komplementärmedizin wird nicht mehr durch die Grundversicherung der Krankenkassen vergütet (nur durch Zusatzversicherungen, die nicht alle Personen aufnehmen). Die Patienten sollen die Wahl haben und die Komplementärmedizin soll von einer staatlichen Anerkennung profitieren, insbesondere im Bezug auf die Diplome. Der Gegenentwurf übernimmt den Inhalt der Initiative fast vollständig.

Andreas Kyriakou: der Gegenentwurf distanziert sich nicht genügend von der Initiative, die Grenzen zwischen seriösen alternativen Heilmethoden und Charlatanerie wurde nicht klar genug gezogen.

Luc Recordon: Die Anerkennung des Gegenentwurfs wird die Situation verbessern, da die konstitutionelle Basis der Komplementärmedizin ein höheres Ansehen verschafft.

Matthias Wüthrich: wichtig ist, dass die Leute die Wahl haben. Es wird nicht unbedingt eine Kostenerhöhung geben.

Harald Buchmann: betont dass der Placebo-Effekt wichtig sei.

Geri Müller, Mitglied des Initiativkomitees: Es geht nicht darum, Prävention zu finanzieren, sondern Alternativen zu offerieren, wenn eine Behandlung nötig ist.

Die Delegierten empfehlen das Ja, 5 Personen stimmen dagegen, 5 enthalten sich.

(PAUSE)

6. Revision des CO₂-Gesetzes

Miriam Behrens, Stellvertretende Generalsekretärin, präsentiert die drei Themen, die diskutiert werden sollen. Die Grünen Zürich schlagen eine Resolution vor, um die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien zu fördern. In Folge der CO₂-Gesetzesrevision haben die

Grünen Waadt vorgeschlagen, die Position der Grünen Schweiz zu den Gaskraftwerken zu überarbeiten, ein Vorschlag, der am 17. Januar von der Geschäftsleitung diskutiert wurde. Die Geschäftsleitung hat sich folgendermassen ausgesprochen: Nein zu den grossen Gaszentralen, Ja zur dezentralen Wärmekraft-Koppelung. Schliesslich muss noch über eine Resolution zu fossilen Brennstoffen abgestimmt werden.

Es wurden drei Bewilligungsanfragen für neue AKWs eingereicht. Die Grünen sollen sich gemeinsam dagegen wehren, weshalb es wichtig ist, dass die Grünen eine klare Botschaft zu den alternativen Energien zu haben.

Um diesen Punkt jetzt zu regeln, verschieben wir die Diskussion über die CO₂-Kompensationen im Ausland (die in der CO₂-Gesetzesrevision vorgesehen sind) auf später.

Resolution der Grünen Zürich

Bastien Girod: Die Massnahmen, die bis anhin zur Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien ergriffen wurden, genügen nicht. Die Plafonnierung der Kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) ist ein Skandal. Genau dann, wenn die Konjunktur auf dem Tiefpunkt ist, sollten Investitionen in erneuerbare Energien gemacht werden.

Die neuen Bauten sind seit einiger Zeit viel besser isoliert, aber die alten Gebäude verschwenden immer noch sehr viel Heizenergie, weshalb sie saniert werden müssen. Mit gezielten Massnahmen kann man auch Elektrizität sparen.

Die durch das Parlament verabschiedeten Standards für elektronische Apparate sind ungenügend. Man könnte 10x mehr Energie sparen.

Max Schneider: wir konkurrieren mit Elektrizitätsunternehmen, die in erneuerbare Energien investieren und gleichzeitig Atomenergie fördern. Diese Unternehmen würden ihre Gewinne besser zur Finanzierung von erneuerbaren Energien verwenden, als zur Bezahlung ihrer Manager und für den Bau von AKWs. Es ist schade, dass die Grünen sich innovativen Projekten verschliessen, nur um das Kulturerbe zu bewahren (Vallé de Joux).

Christian Van Singer: (2) man soll nicht vergessen, dass die Beträge, die ursprünglich für Gebäudeerenovationen vorgesehen waren, bereits beträchtlich nach oben korrigiert wurden. Es ist nicht realistisch, bis 2010 Renovationen in einer Höhe von 1 Mia. zu verlangen. 2012 wäre realistischer.

André Charpeaux: (1) Die KEV wird von allen bezahlt, man könnte sie ohne Probleme erhöhen. Wenn man das jetzt verpasst, wird sie für die nächsten 20 Jahre blockiert sein.

Lea Brunner: ist mit Christian einverstanden, dass man realistisch sein muss. Aber eine Resolution sollte mit einer starken Stimme sprechen und darf das Unmögliche fordern.

Bastien Girod: Diese Resolution geht nicht genügend weit, man könnte auf kantonalem und kommunalem Niveau noch mehr machen. Die Frist ist knapp, aber man muss jetzt handeln.

Resolution mit Frist 2012: 67 Nein gegen 42 Ja, 5 Enthaltungen.

Die Resolution der Grünen Zürich wird einstimmig angenommen.

Position der Grünen Schweiz zu den Gaskraftwerken

Miriam Behrens: die Grünen Schweiz nehmen nach der Revision des CO₂-Gesetzes zu den Gaskraftwerken Stellung. Die Grünen Waadt und Zürich haben Abänderungsvorschläge. Und die Grünen Solothurn verlangen das Nichteintreten.

Iris Schelbert: es gibt keinen Grund, unser Positionspapier zu verändern, wir sind gegen Gaskraftwerke und man soll nicht fälschlicherweise das Signal geben, dass wir verhandlungsbereit sind.

Die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien haben genügend Potential, um den Bedarf zu decken.

Die GL der Grünen befürwortet das Eintreten, da die Grünen Waadt sonst ihre Argumente nicht einbringen können.

Klare Mehrheit pro Eintreten

Bastien Girod stellt den Vorschlag der Grünen Zürich vor: unsere Position soll nicht verwässert werden, indem gesagt wird, dass trotz allem unter gewissen Bedingungen die Gaskraftwerke eine Lösung sind. Man muss den Druck für die Energieeffizienz und die erneuerbaren Energien aufrechterhalten. In einer Exekutive oder in einer Legislativkommission muss man manchmal Kompromisse eingehen, aber nicht bei den Grünen.

Christian Van Singer: die Grünen behalten ihre Priorität bei: Energieeffizient und erneuerbare Energien – wir sind davon überzeugt, dass das früher oder später möglich sein wird. Aber eine simple Ablehnung führt dazu, dass die Elektrizitätsunternehmen in Kohlekraftwerke investieren, z.B. in Deutschland. Falls die Mehrheit Gaskraftwerke will, dann muss die Einführung von solchen Kraftwerken mit Bedingungen verknüpft werden, welche die negativen Effekte dieser Wahl mildern.

Daniel Brélaz: die Wärmekraft-Koppelung hat keine Zukunft, da man früher oder später beim Heizen reduzierte Bedürfnisse haben wird. Die Resolution ist gegebenenfalls nur eine Leitlinie für die Parlamentarier.

Max Schneider: die Gaskraftwerke würden nur zwischenzeitlich ausgenutzt werden, unter der Bedingung, dass die Kompensationen in der Schweiz gemacht würden!

Ueli Leuenberger: Die Öffentlichkeit möchte wissen, wo wir im Bezug auf dieses Thema stehen. Wenn der 2. Teil der Resolution gestrichen wird, wird die Fraktion die Freiheit haben, zu intervenieren.

Geri Müller: die Grünen müssen eine transparente Kommunikation haben und ganz klar zu verstehen geben, dass sie dagegen sind, damit sich ihre eigenen Argumente nicht gegen sie wenden.

Lea Brunner: Gaskraftwerke sind eine Pandorabüchse, die uns gegenüber politischem Druck verwundbar macht (Pipelines).

Luc Recordon: wir sind nun in die alt Diskussion zwischen Realisten und Fundamentalisten zurückgefallen!

Nesa Zimmerman: Die Jungen Grünen fordern, so viel wie möglich zu verlangen, das ist der Ansatz, den wir in der Resolution zur Energieeffizienz angenommen haben!

Harald Buchmann: wir müssen zeigen, dass wir sicher sind, dass wir den Bau von weiteren Kraftwerken verunmöglichen können.

Miguel Misteli: Die Vertreter der Grünen in den Verwaltungsräten müssen reagieren. Die Kompensationen bleiben an der Tagesordnung, auch ohne Gaskraftwerke – aber nicht in der dritten Welt! Wir sollten nicht den anderen Lektionen erteilen, sondern selbst als Beispiel voran gehen.

Der Vorschlag der Grünen Zürich wird mit 102 Ja- und 12 Nein-Stimmen angenommen (3 Enthaltungen).

Resolution über Kohlekraftwerke mit Änderungsanträgen

Miriam Behrens: Die Kantone machen selbst eine Kampagne gegen Kohle. Wir wollen sie mit dieser Resolution unterstützen.

Damien Jeannet und Grüne Tessin: man soll die Gaskraftwerke anfügen und den Titel ändern – Nein zur Elektrizität, welche durch fossile Brennstoffe produziert worden ist. Erwähnen, dass das Tessin auch vorsieht, in Kohlekraftwerken zu investieren.

Reto Gasser: die Stromimporte müssen kontrolliert werden.

Daniel Brélaz: Durch die Strommarkliberalisierung auf europäischem Niveau gibt es Mechanismen, mit welchen man die Regelung problemlos umgehen kann. Nur eine Kontrolle der Investitionen ist effizient.

Damien Jeannet: der Markt ist trotzdem kontrollierbar, man soll den mittleren Paragraphen zurückziehen.

Reto Gasser: es bräuchte eine spezielle Resolution um sich gegen den Import von schmutzigem Strom aufzulehnen!

Max Schneider: das ist eine gute Resolution, der Elektrizitätsmarkt ist wie die Börse – Personen, die selbst nichts produzieren, versuchen bloss viel Geld zu machen.

Miriam Behrens: Wir integrieren die Gaskraftwerke, wir sprechen von Investitionen und nicht von Importen, wir fügen den Vorschlag der Grünen Kanton Tessin an.

Die veränderte Resolution wird mit 92 Ja-Stimmen angenommen. 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen.

7. Diverses

Brigitte Wolf stellt die Petition der Grünen Oberwallis zur Erdverlegung eines Hochspannungskabels im Conches-Tal vor. Langfristig soll die Erdverlegung aller Hochspannungsleitungen im Wallis gefordert werden. Die Grünen Schweiz müssen diese Petition unterstützen.

Und nun gibt's einen Apéro!